

# Warum befragen wir unsere Eltern nicht?

Es ist leicht, über den Westen zu klagen – aber was sagen jene, die die SED-Diktatur mitgetragen haben?

*Von Hagen Findeis, in: FAZ vom 13. August 2019, Seite 12.*

In der Debatte über die „Friedliche Revolution“ vor dreißig Jahren überwiegt bislang nicht die Freude über die geschenkte Freiheit und die neuen Lebensmöglichkeiten der Deutschen, sondern es wird genörgelt. Der Streit zwischen Detlef Pollack, Ilko-Sascha Kowalczyk, Rainer Eckart, Katrin Hattenhauer, Johannes Leithäuser, Helmut Fehr und zuletzt Werner Schulz (F.A.Z. am 7. August) indiziert mehr als die vergangenheitspolitische Frage, wem die Ehre für das Zustandekommen des gänzlich Unerwarteten gebührt. Dass die Vertreter der ehemaligen oppositionellen Gruppen diese für sich beanspruchen, ist aus deren Sicht nur zu verständlich: Unter allen Akteuren, die sich seit dem Mauerbau für politische Reformen eingesetzt haben, sind die Mitglieder politisch alternativer Gruppen in der DDR wahrscheinlich die höchsten Risiken eingegangen.

Dass nun aber dreißig Jahre nach dem Zusammenbruch der SED-Herrschaft wieder um die Frage gestritten wird, wem das Verdienst zukommt, das Unrechtssystem beseitigt zu haben, wirft neben der eher akademischen Frage nach der Einsichtsfähigkeit in das letztlich kontingente Zusammenwirken voneinander unabhängig wirksamer endogener und exogener politischer Handlungsstränge eine Reihe weiterer Fragen auf, deren Beantwortung für den Zustand der politischen Kultur in Deutschland einiges auszusagen vermag.

Zunächst zeigt sich, dass die Debatte bislang von Zeitzeugen des politischen Umbruchs geführt wird, die Generationen der in den siebziger Jahren oder später Geborenen an ihr aber nicht partizipieren. Ferner fällt auf, dass sich besonders Ostdeutsche an dieser Debatte beteiligt haben (das Schöne daran ist, dass die von Ostdeutschen zu Recht vorgetragene Klage, ihre Ansichten hätten in den gesamtdeutschen Medien zu wenig Präsenz, hier einmal außer Kraft gesetzt wird). Schließlich bleibt zu konstatieren, dass es jeweils Minderheiten sind, die sich öffentlich zu Wort melden: Angehörige der ehemaligen Opposition in der DDR und Vertreter der akademischen Zunft.

Umso mehr stellt sich aber nun die Frage, was mit dem emotionalisierten Streit unter den üblichen Verdächtigen offenbar verdeckt wird. Was ist mit der Mehrheit der Bevölkerung, die die SED-Diktatur über Jahrzehnte mitgetragen oder sich zumindest kommod in ihr eingerichtet hatte? Wäre es nicht an der Zeit, dass die Nachgeborenen ihre ostdeutschen Eltern und Großeltern befragen, warum sie über all die Jahre den staatlichen Zwang hingenommen, warum sie die Menschenrechtsverletzungen geduldet und sich am System der öffentlichen Lüge beteiligt haben? Warum sie den greisen Parteiführern gehuldigt, ihren antifaschistischen Popanz bedient und den Sozialismus bejaht haben, obwohl es doch gute Gründe gab, gegen diesen Sozialismus zu sein?

Warum eigentlich ist es so schwer, diejenigen, die es gut finden, dass der ehemalige SED-PDS-Vorsitzende Gregor Gysi am 9. Oktober in einer Leipziger Kirche anlässlich des Jubiläums der historischen Demonstration vor dreißig Jahren eine Festrede halten soll, einmal zu fragen, welches Verständnis von menschlicher Würde und Respekt, welches Verständnis von Freiheit und historischer

Verantwortung sie eigentlich haben? In einer Umfrage der „Leipziger Volkszeitung“, ob Gysi am 9. Oktober in Leipzig auftreten solle, meinen siebzig Prozent, er solle dort reden. Dass auf der anderen Seite die AfD, die in ihrer demagogischen Abgrenzungsideologie das habituelle Erbe der SED angetreten hat, kurz davorsteht, im Osten mehrheitsfähig zu werden, ist ein weiteres Indiz dafür, wie wenig es gelungen ist, die Werte einer auf individueller Menschenwürde und Pluralismus basierenden Demokratie in der ostdeutschen Gesellschaft zu verankern.

Sicher liegt es zu einem Teil daran, dass die nachwachsenden Generationen ihre Eltern, die in den neunziger Jahren ihre Arbeit verloren hatten und sich beruflich und politisch neu finden mussten, kaum konfrontieren konnten. Häufig mussten die Kinder ihre Eltern in deren neuer Rollenfindung noch stärken, so dass die Eltern als Reibungspunkte gar nicht zur Verfügung standen. Zudem gingen die Kinder oft in den Westen, um die dort gegebenen beruflichen Möglichkeiten für sich zu nutzen, und haben den Osten und ihre Eltern politisch sich selbst überlassen. Die Sogwirkung des Westens zeigte sich aber auch in anderer Hinsicht. Unvergessen sind die politisch indifferenten Äußerungen mancher Westdeutscher, die im Osten nur als Persilschein gedeutet werden konnten, allen voran Helmut Kohl, der mehrfach betonte, dass er nicht wisse, wie er sich verhalten hätte, wenn er in der DDR hätte leben müssen. Bei allem Verständnis für lebensdienlichen Opportunismus – ein bisschen mehr Geradlinigkeit der westdeutschen Meinungsführer, die ja auch sonst keine Scheu hatten, die Verantwortung des Individuums zu betonen, hätte der politischen Kultur zweifellos gutgetan.

Vergleicht man die Situation in Ostdeutschland dreißig Jahre nach dem Sturz der SED-Herrschaft mit der in Westdeutschland zwanzig Jahre nach Kriegsende, dann muss es als offene Frage gelten, ob das in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft mehr oder weniger erfolgreiche Modell – kommunikatives Beschweigen der NS-Verbrechen als Bedingung für wirtschaftlichen Wiederaufbau und einen gesellschaftlichen Reifungsprozess (Hermann Lübbe) – langfristig auch in Ostdeutschland funktioniert.

Die gigantischen Milliardensummen, die seit 1990 als Sozialtransfers und Infrastrukturmaßnahmen in Ostdeutschland investiert wurden, haben bislang jedenfalls nicht dazu geführt, dass die Ostdeutschen ihr demokratisches Selbstbewusstsein durch ihre Erfahrungen in der westlichen Gesellschaft stabilisiert hätten. Es scheint geradezu, als hätten ihre Benachteiligungsgefühle gegenüber dem Westen im Laufe der Jahre noch zugenommen, ja, als hätte sich eine Art kultureller Entfremdung vollzogen, die in offene Ablehnung des Westens umzuschlagen droht.

Sollte dies zutreffen, dann wäre es umso dringlicher, die politisch-kulturellen Aspekte des Transformationsprozesses wieder stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Karl Mannheim, der bereits 1928 die Dynamik des sozialen Wandels anhand der Abfolge politischer Generationen erklärt hat, sieht jede Generation von ihrem „Polarerlebnis“ geprägt, auf das hin ihre Konstitution erfolgt und von dem aus sie jeweils einen anderen Gegner in der Welt und in sich bekämpft. Dass 1989 für viele ein solches Polarerlebnis war, steht außer Frage. Damit die Ereignisse von 1989 über eine akademische respektive auf politische Selbstbestätigung ausgerichtete Debatte hinaus auf einer breiten Grundlage in unsere politische Kultur integriert werden können, ist eine offene Auseinandersetzung auch mit den Wasserträgern des Systems unumgänglich.

Wenn man die Menschen, die es richtig finden, dass ein maßgeblicher Exponent des alten Unterdrückungssystems eine Festrede zum dreißigsten Jahrestag seiner Überwindung hält, wirklich erreichen will, darf man es nicht bei geschichtspolitischen Belehrungen belassen. Ähnliches gilt für jene, die der aggressiven Polemik der AfD auf den Leim zu gehen drohen. Will man all diesen Menschen ein Gefühl für den Wert persönlicher Verantwortung und Freiheit vermitteln, dann muss man damit anfangen, sich für die Rollenbilder der Normalos im eigenen Lebensumfeld zu interessieren, und sie nach ihrer Geschichte und ihrer Verantwortung fragen.

Da die Selbstverständigung unter der ostdeutschen Mehrheitsbevölkerung bis heute von alten Prägungen behindert wird, müsste ein solches Gespräch gerade von denen, die es initiieren, offen und ohne moralische Überlegenheitsgefühle geführt werden. Die Offenheit des Gespräches wäre geradezu eine Bedingung dafür, dass sich diejenigen, die es über Jahre und Jahrzehnte hinweg vorgezogen haben, ihr Fähnlein einfach in den Wind zu halten, ihrerseits öffnen können, um eigene Verstrickungen in das staatliche Unterdrückungssystem zu erkennen. Schließlich müsste dieses Gespräch sogar die Chance einschließen, dass auch die Normalos ihre eigenen Leistungen öffentlich zur Sprache bringen. Nicht zuletzt müsste man selbst den Mut aufbringen, die eigene Position offen zu vertreten. Solange aber alte Abhängigkeiten und Scham über familiäre Verstrickungen weiter wirken, wird ein offenes Verhältnis zu dem, was war, kaum möglich sein.

**Hagen Findeis** hat von 1986 bis 1991 in Leipzig Theologie studiert und war dort von 1987 bis 1989 in einer politisch alternativen Gruppe aktiv. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Theologischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und forscht zur Religiosität in Ostdeutschland